

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Band: 11 (1931-1932)
Heft: 7

Artikel: Um die persönlichen Freiheitsrechte des Menschen
Autor: Schmid, Arthur
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-331085>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 19.11.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Um die persönlichen Freiheitsrechte des Menschen.

Von Dr. Arthur Schmid.

I.

Der Kampf um die Freiheit des einzelnen Menschen ist uralt. Jahrhundertlang mußten die Aufgeklärten und Fortschrittlichen um die *Glaubens- und Gewissensfreiheit* kämpfen. Es galt eben noch nicht das, was heute im Artikel 49 der Bundesverfassung niedergelegt ist, nämlich, daß die Glaubens- und Gewissensfreiheit *unverletzlich* ist. Der Zwang, einer religiösen Gemeinschaft, einer Kirche, anzugehören, war ein absoluter.

Die menschliche Forschung auf dem Gebiete der Wissenschaft war jahrhundertlang unfrei. Wer etwas entdeckte oder erforschte und etwas nachwies, was der bisherigen Auffassung zuwiderlief oder gar Glaubenssätzen einer allmächtigen Kirche widersprach, hatte mit den schwersten Strafen zu rechnen. So mußten die Vertreter der astronomischen Wissenschaft einen schweren Kampf um die Aufrechterhaltung ihrer Forschungsergebnisse führen.

Die persönliche Freiheit der Menschen galt nichts. Sie wurde von den Mächtigen der damaligen Wirtschaft und Gesellschaft in den Staub getreten. Willkür und Unterdrückung waren an der Tagesordnung.

Es ist das Ergebnis jahrhundertlangen Ringens, wenn in den freiheitlichen Staatsverfassungen des Bürgertums zu Ende des 18. und dann im Laufe des 19. Jahrhunderts gewisse Freiheitsrechte niedergelegt wurden. Die *Pressefreiheit* mußte erkämpft werden und mit ihr das Recht, seine Gedanken *mündlich* und schriftlich frei zum Ausdruck bringen zu können. Das Recht, *Bittschriften* an die Regierungen einzureichen, war lange Zeit nicht gewährleistet. Seine Meinung in Form einer Petition den Mächtigen zur Kenntnis zu bringen, ist erst eine Errungenschaft der Freiheitskämpfe des 18. und 19. Jahrhunderts. Nur dieser Freiheitskampf brachte schließlich den Menschen gewisse persönliche Freiheitsrechte. Vor dem Gesetze wurden die Menschen einander gleichgestellt. Die *Standesunterschiede* fielen. Die *Untertanenverhältnisse* wurden in den Verfassungen als abgeschafft erklärt, ebenso die Vorrechte der Geburt und des Ortes. Es wurde das Recht der Bürger, *Vereine* zu bilden, erkämpft. Es wurde die *Zivilehe* und die Ehescheidung eingeführt. In dieser Richtung hat der Freiheitskampf der Vergangenheit *eine große und für die Sozialdemokratie wichtige Erbschaft* gebracht.

II.

Leider hat diese vielversprechende Festlegung von persönlichen Freiheitsrechten in den Verfassungen des liberalen Staates *nicht jene Entwicklung* erfahren, wie sie zweifellos den Freiheitskämpfern des bürgerlichen Staates, die gegen Feudalismus und mittelalterliche Barbarei kämpften und unendliche Opfer brachten, vorschwebte. Das kommt natürlich nicht von ungefähr. *Die Macht des Kapitalismus hat diese Freiheitsrechte des einzelnen mehr und mehr abgebaut.* Alles wurde eingestellt auf die wirtschaftlichen Beziehungen der Menschen untereinander. Der Kapitalismus führte, trotzdem grundsätzlich das Recht der Vereinsbildung in den Verfassungen verankert wurde, einen unablässigen Kampf gegen das Vereinsrecht der Arbeiter. Man hat nicht nur vorübergehend in einzelnen Staaten die Arbeiterorganisationen unterdrückt, sondern man hat sehr oft auch die Mitgliedschaft zu den klassenbewußten Gewerkschaften zum Anlaß genommen, um die Leute um Arbeit und Brot zu bringen. Man hat freiheitlich gesinnte Arbeiter auf die schwarzen Listen gesetzt und damit tatsächlich *das Recht der freien Meinungsäußerung* auf das schwerste in Frage gestellt. Man hat die Vorrechte einzelner Gesellschaftsschichten wiederhergestellt. Wenn auch die Vorrechte der Geburt und des Standes abgeschafft wurden, so spielte das wirtschaftliche *Vorrecht des Besitzes* eine um so größere Rolle.

Wie Marx und Engels schon im Kommunistischen Manifest festgestellt haben, ist auch die Wissenschaft mehr und mehr in den Dienst des Kapitalismus gestellt worden. Wenn unbequeme Wissenschaftler gegen bisherige Auffassungen auftraten, dann hat man gegen sie Stellung genommen. Ich erinnere an Professor Nicolai, der das berühmte Werk über die «Biologie des Krieges» geschrieben hat, ein Buch, das soweit als möglich von der kapitalistisch-militaristischen Machthaberschaft totgeschwiegen wird.

Die Entwicklung ist in dieser rückschrittlichen Richtung weiter gegangen. Sie hat in einzelnen Staaten der Welt zu vollständig mittelalterlichen Zuständen geführt. Der Faschismus in Italien duldet keine persönlichen Freiheiten mehr. Er beweist das durch seine Gesetze und durch seine tägliche Praxis. Ein freies Vereinsrecht gibt es nicht. Die Zivilehe besteht nicht. Die Redefreiheit existiert nicht mehr. Eine Freiheit der Wissenschaft gibt es nicht. Was speziell diesen Punkt anbelangt, so ist zweifellos noch in frischer Erinnerung aller die Maßnahme, die der italienische Staat gegen die Universitätsprofessoren, die sich weigerten, die Verpflichtung dem faschistischen Staat gegenüber zu unterzeichnen, getroffen hat.

So leben wir heute in einer reaktionären Epoche, in der die durch die bürgerlichen Freiheitskämpfer errungenen Freiheiten

zu verschwinden drohen und wo *wiederum ein Zeitalter der Geistesknechtschaft* anzubrechen droht.

Im kapitalistischen Amerika sind die Symptome außerordentlich bezeichnend. Die Vereinigten Staaten von Nordamerika sind das Land, in welchem die Menschenrechte verkündet worden sind. In diesem Lande aber werden Leute, welche für die Freiheit kämpfen, auf Grund von gekauften und bestochenen Zeugen zu schweren Kerkerstrafen, ja zum Tode verurteilt. Nicht nur die wirtschaftliche Freiheit verschwindet vollständig, sondern auch die Möglichkeit der freien Meinungsäußerung. Denken wir nur an den Affenprozeß im Staate Tennessee.

III.

In dieser Situation der Reaktion gilt es für die Sozialdemokratie, die *Persönlichkeitsrechte der Menschen zu verteidigen* und gegen alle Angriffe der Reaktion Front zu machen. Die Sozialdemokratie strebt eine Gesellschaftsordnung an, in der die *Persönlichkeit sich frei und harmonisch entfalten* kann. So wird erst der Aufstieg zu höheren Kulturstufen möglich. Deshalb wird auch im dritten Abschnitt unseres Parteiprogramms vom Dezember 1920 davon gesprochen, daß erst in der sozialistischen Gesellschaft dem einzelnen die *Möglichkeit der vollen Entfaltung seiner Anlagen und des vollen Genusses aller Kulturgüter* zuteil werde. In der sozialistischen Gesellschaft werden alle Herrschaftsverhältnisse und Vorrechte beseitigt. Auch der Frau wird erst dann die volle gesellschaftliche Gleichberechtigung mit dem Manne und die Möglichkeit naturgemäßer Entwicklung und ungehinderter Betätigung ihrer Kräfte und Fähigkeiten geboten. In der sozialistischen Gesellschaft wird die Ehe ihres ökonomischen Charakters entkleidet und sie wird in der persönlichen Zuneigung ihre sittliche Grundlage finden. Durch die Beseitigung aller wirtschaftlichen Ausbeutung und Unterdrückung wird bei den Menschen die Empfänglichkeit für alles Schöne, Wahre und Gute gefördert. Damit werden ungeahnte Entwicklungsmöglichkeiten für künstlerische und wissenschaftliche Tätigkeit geschaffen. Mit Recht sagt deshalb das Parteiprogramm, daß die Sozialdemokratische Partei die *Fahnenträgerin eines großen Kulturkampfes der arbeitenden Klassen* für die Erringung der vollen Menschenrechte ist. Leider stehen wir heute in einer Situation, wo wir um die bescheidenen Menschenrechte, welche der bürgerliche Freiheitskampf der Menschheit gebracht hat, schwer kämpfen müssen. Dieser Kampf aber ist eine *absolute Notwendigkeit*, weil es um die Erhaltung des bisher durch die Menschheit Errungenen geht und weil diese Vorstufe für die weitere Entwicklung des Sozialismus ungeheuer wichtig ist.

Die Sozialdemokraten müssen sich deshalb in allen Fragen, wo es um die Erhaltung bisheriger persönlicher Freiheitsrechte

geht, zu Verteidigern dieser Freiheitsrechte der Reaktion gegenüber aufwerfen. Sie dürfen nicht leichtsinnig und um scheinbar wirtschaftlicher Vorteile willen irgendwelche Freiheitsrechte preisgeben. Sie müssen im Gegenteil alles tun, um die Fahne des Kampfes für kulturelle Freiheiten hochzuhalten.

IV.

Naturgemäß wird durch den harten wirtschaftlichen Kampf, den das Proletariat in der Vergangenheit sowohl als hauptsächlich in der Gegenwart zu führen hat, nicht jedes Freiheitsrecht, das bisher schon galt, gleich eingeschätzt.

Der Kampf um die *Vereinsfreiheit*, im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Besserstellung des einzelnen, ist für viele *das* Recht, das ihnen am nächsten liegt. Sie wissen, daß nur auf Grund der Möglichkeit, freie Gewerkschaften zu bilden, die Arbeiter im wirtschaftlichen Kampfe gegen die Macht des Unternehmertums etwas bedeuten. Deshalb wehren sich die Arbeiter am ehesten für die Freiheit des Vereinsrechtes. Eng damit verknüpft ist selbstverständlich das *Streikrecht*. Und es gehört mit den zu wichtigsten Aufgaben des klassenbewußten Proletariates, um die Freiheit des Streikrechtes einen fortwährenden Kampf zu führen; denn der Streik ist trotz allem heute noch die einzige wirtschaftliche Waffe, mit der schließlich in gewissen Situationen das Proletariat dem Unternehmertum gegenüber seine *Macht* zur Geltung bringen kann.

Aber nicht nur die Koalitionsfreiheit ist wichtig, sondern ebenso sehr die *Preßfreiheit*. Wenn uns Sozialdemokraten gewisse politische Anschauungen nicht passen, dann müssen wir trotz allem die Preßfreiheit hochhalten. Wenn wir in ihrer Verteidigung lässig sind, dann kann sich diese Lässigkeit morgen auch gegen die Sozialdemokratie und jeden Fortschritt selbst richten. Wenn also beispielsweise in irgendeinem Lande kommunistische oder nationalsozialistische Zeitungen vorübergehend unterdrückt werden, dann ist das zweifellos eine Maßnahme, die wir Sozialdemokraten nicht billigen können, weil der Kampf gegen den Mißbrauch der Preßfreiheit anders geführt werden muß. Der heutige bürgerliche Staat hat ja genug Mittel in der Hand, um mißliebige Preßäußerungen zu verfolgen, und er tut dies in vielen Staaten in *einseitiger* Weise. Aber daß man zu den Methoden der Unterdrückung der Presse, wie sie zur Zeit der schwärzesten Reaktion (man erinnere sich nur an das Sozialistengesetz) an der Tagesordnung waren, zurückkehrt, kann nie unsere Billigung finden. Wir haben alle Ursache, für die Preßfreiheit einzutreten. Der Sozialismus hat den *Kampf der Geister* in keiner Weise zu scheuen. Der Sozialismus ist eine so erhabene Lehre, daß er gerade im Kampfe der Meinungen seine Anhänger gewinnt. Die Meinungsfreiheit kann für den Sozialismus nur förderlich sein.

Wir müssen aber nicht nur für die Preßfreiheit, sondern vor allem auch für die *Glaubens- und Gewissensfreiheit* eintreten. Diese Glaubens- und Gewissensfreiheit aber darf nicht einseitig bloß für irgendwelche kirchlichen oder konfessionellen Gemeinschaften gelten. Sie muß ebenso sehr für die *freiheitlichen Auffassungen auf dem Gebiete der Konfessionen* Geltung haben. Es ist bemühend, wenn man in der heutigen Zeit feststellen muß, wie hin und wieder selbst Arbeiter, die sich fortschrittlich wähnen, es ihren Bekannten zum Vorwurfe machen, daß sie einer freigeistigen Vereinigung beitreten oder daß sie den Kirchenaustritt vollziehen. Der Kampf um die Geistesfreiheit hat jahrhundertlang der *kirchlichen Unduldsamkeit* gegolten. Sein Sinn war, alle Meinungen auf dem Gebiete des Glaubens zu dulden. Sein Ziel eine *absolute Toleranz*. Statt dessen konstatiert man gerade heute wiederum eine sehr große Intoleranz in Glaubenssachen. Sicher gibt es kein Gebiet, wo die Freiheit des Geistes für den kulturellen Fortschritt und den Aufstieg der Menschheit so unerläßlich ist wie das Gebiet des religiösen Bekenntnisses.

Wenn auch die Sozialdemokratie die Religion als Privatsache erklärt, so heißt das noch lange nicht, daß sie nicht gegen religiöse Unduldsamkeit im Sinne der Traditionen des Freiheitskampfes verflossener Jahrhunderte zu kämpfen hat. Wir Sozialdemokraten haben allerdings in erster Linie den Kampf gegen wirtschaftliche Unterdrückung und Ausbeutung zu führen, und wir lassen den einzelnen volle Freiheit für ihr religiöses Bekenntnis. Aber wir müssen ebenso sehr von den einzelnen fordern, daß sie den Konfessionslosen gegenüber die *gleiche* Toleranz an den Tag legen wie jenen gegenüber, die das gleiche Bekenntnis haben wie sie.

Außerordentlich wichtig ist der Kampf für die *freie Meinungsäußerung in öffentlichen Versammlungen*. Gleichgültig ist es, ob sich die freie Meinungsäußerung auf politische oder religiöse Dinge bezieht. Daß man mißliebigen Auffassungen gegenüber beispielsweise zur Saalsperre greift, ist ein Zeichen der Schwäche. Wir müssen dafür sorgen, daß solche Versammlungen, wo verschiedene Auffassungen zu Worte kommen, in aller Ruhe und ohne gegenseitige Beschimpfungen durchgeführt werden. Nur wenn wir auf diesem Gebiete mit der Meinungsfreiheit Ernst machen, werden wir imstande sein, die Menschen zu wirklich disziplinierten, aus ihrer Ueberzeugung heraus sich für den Sozialismus wehrenden Kämpfern zu machen.

Ein Zeichen der Reaktion auf dem Gebiete der Geistesfreiheit ist zweifellos auch die Art, wie man in einer Frage *zum voraus die Meinung zu machen versucht*, indem man den einzelnen, ohne ihm die Freiheit der späteren Entscheidung zu lassen, möglichst früh für eine bestimmte Meinungsäußerung *binden* will. Diese Methode ist kapitalistischer Art. Sie will die

Menschen für eine bestimmte Auffassung binden. Man hat es nicht gerne, wenn irgend jemand eine andere Auffassung vertritt. Diese Art, das Urteil eines andern zu beeinflussen, führt so *weit*, daß viele Menschen nicht mehr sachlich diskutieren können. Wenn sie eine bestimmte Meinung in einer Sache haben, so empfinden sie eine andere Meinung direkt als unangebracht. Wer diese andere Meinung äußert, erscheint ihnen als Gegner, den sie nachher persönlich angreifen. Daß eine solche Denkweise für den Aufstieg der Menschheit *unendlichen Schaden* stiften kann, ist selbstverständlich. Die Menschheit wird nur im Kampfe der Meinungen sich höher und höher entwickeln. Gerade durch die gegensätzlichen Auffassungen, die von den einzelnen sachlich vertreten werden, ist es möglich, vorwärtszukommen. So bildet sich eine wohlfundierte, neue Meinung heraus. Nicht die Unterdrückung der Meinungen anderer kann das Fundament einer neuen Menschheit sein, sondern nur die *Geistesfreiheit*.

Wir müssen deshalb gerade in unsern Reihen dafür kämpfen, daß *innerhalb der Arbeiterklasse die persönliche Freiheit eine Heimstätte habe*. Das, was einst in jahrhundertelangen Kämpfen für den bürgerlichen Liberalismus ein Endziel war, nämlich die Erklärung der Menschenrechte, muß *lebendige Wirklichkeit* innerhalb der Reihen der klassenbewußten Arbeiter sein. Wenn in der heutigen Welt die Reaktion diese Errungenschaften des bürgerlichen Befreiungskampfes vergangener Jahrhunderte bedroht, dann müssen gerade wir Sozialdemokraten die persönlichen Freiheitsrechte des Menschen in unsern Reihen hochhalten. Gewissens- und Glaubensfreiheit muß für einen Sozialdemokraten eine Selbstverständlichkeit sein. Das Recht der freien Meinungsäußerung eines jeden muß uns willkommen sein. Nicht Instanzen sollen das geistige Leben einer Zukunftspartei bestimmen, sondern die denkenden Menschen selbst. Es ist ungeheuer wichtig, daß *volle Freiheit zur Willens- und Meinungsbildung* innerhalb der Organisationen vorhanden ist. Nicht Parolen allein sind wichtig, sondern die aus der Einsicht und aus der geistigen Freiheit hervorgegangene freie Unterordnung unter gewisse Parolen, die den Kampfwillen des um seine Freiheit ringenden Proletariates verkünden.

So komme ich zu der Feststellung, daß in der Zeit der Reaktion das Proletariat die Errungenschaften auf dem Gebiete der Geistesfreiheit, welche vergangene Jahrhunderte der Menschheit gebracht haben, mit aller Energie verteidigen muß. *Der Kampf um die Verteidigung dieser persönlichen Freiheitsrechte des Menschen macht die Menschen selbst zu besseren, brauchbareren, jeder Situation gewachsenen Kämpfern für den Sozialismus.*
